

Vor Beginn der Sitzung wird die Mitteilungsvorlage an die Ausschussmitglieder verteilt.

Der Ausschuss nimmt von der Mitteilungsvorlage Kenntnis.

Herr Unterlehberg führt zur Anfrage und deren Beantwortung (TOP 5.1 und TOP 5.2) aus, dass es sich hier um eine Aufgabe zur Erfüllung nach Weisung und um keine Selbstverwaltungsangelegenheit handelt. Darüber hinaus geht es um eine individuelle Entscheidung (wasserrechtliche Erlaubnis) und um ein laufendes (schwebendes) Verfahren (Rechtsverfahren und Petitionsausschussverfahren). Herr Unterlehberg riet von einer weiteren öffentlichen Debatte ab. Herr Arend ergänzt, dass hier eine politische Mitwirkung ausgeschlossen sei.

Die Ausschussmitglieder einigen sich **einstimmig**, dass dieser Tagesordnungspunkt um ca. **drei Monate zurückgestellt** wird.

Danach erfolgt von der Verwaltung in dieser Angelegenheit ein Sachstandsbericht, wobei die zusätzlich gestellten acht Fragen von Frau Stephan mit behandelt werden sollen.